

Unerlässliche Modernisierung unserer Bewaffnung

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **50 (1975)**

Heft 8: **Sonderausgabe EMD**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-704570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unerlässliche Modernisierung unserer Bewaffnung

Rüstungsprogramm 75 und Rüstungsbedürfnisse der nächsten Jahre

Hptm i Gst Dominique Brunner, Zürich

Im Juni hat der Nationalrat dem ihm vorgelegten Rüstungsprogramm 75 mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Die Annahme ist berechtigt, wonach der Ständerat im Herbst nicht anders entscheiden wird. Damit sind die Voraussetzungen für eine beachtliche Modernisierung der Panzertruppen geschaffen, entfällt doch der Löwenanteil der beantragten 508 Millionen Franken (447 Millionen Franken) auf die Beschaffung von 110 Panzern 68 und Zubehör. Die — verbesserten — Panzer 68 sollen zusammen mit den 1974 bewilligten 50 Kampfwagen des gleichen Modells die Leichtpanzer AMX 13 der 6 Aufklärungsbataillone Typ A ablösen, womit diese Bataillone zu eigentlichen Panzerbataillonen werden.

Mit dieser Umrüstung wird sich der Bestand unserer Armee an Kampfpanzern auf 780 erhöhen — gegenüber heute 620 Kampfpanzern. So wird die seit langem als notwendig erkannte Eingliederung je eines Panzerbataillons in die drei Grenzdivisionen, sodann eines zweiten Panzerbataillons in die ebenfalls drei Felddivisionen möglich. Das Ziel einer Vereinheitlichung von Feld- und Grenzdivisionen — in bezug auf die Dotation mit Panzern — ist damit freilich noch nicht erreicht. Um auch in die heute noch eigener Panzer ermangelnden Grenzdivisionen zwei Panzerbataillone einfügen zu können — eines als Gegenschlagsformation in der Hand der Divisionsführung, das andere üblicherweise als Mittel zur Verstärkung der Panzerabwehr der Infanterieregimenter, wobei die Panzer wie Jagdpanzer eingesetzt werden sollen —, müssten eigentlich in absehbarer Zeit noch mehr Panzer beschafft werden. Man wird dies aber aus verschiedenen Gründen nicht tun, sondern das zweite den Grenzdivisionen einzugliedernde Panzerbataillon wohl aus den mechanisierten Divisionen herauslösen.

Konkurrierende Rüstungsbedürfnisse

Diese Beschränkung der Zahl der Panzerverbände auf den seit ein paar Jahren erreichten Stand — mit der Umwandlung in Panzerbataillone wird lediglich die Kampfkraft der Aufklärungsbataillone erhöht — lässt sich, wie gesagt, mit verschiedenen Ueberlegungen rechtfertigen. Letztlich wird dieser Entschluss aber bestimmt durch die sehr begrenzten finanziellen Mittel, die in absehbarer Zukunft für neue Materialkäufe zur Verfügung stehen. Notwendig wäre an sich die Beschaffung von doppelt so vielen Panzern wie den nun vorgeschlagenen. Doch müssen — und das ist unbestritten — zuvor andere Rüstungsbedürfnisse befriedigt werden, dies auch im Hinblick auf die Erfolgsaussichten unserer Panzerverbände. Für ihren Erfolg sind die Wirksamkeit unseres durch terrestrische Fliegerabwehrmittel und Flugzeuge zu gewährleistenden Raumschutzes zum einen, die infanteristische Panzerabwehr zum anderen von sehr grosser Bedeutung. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Tiefflieger stellen, vor allem mit Flächenwaffen und mit treffsicheren Lenkwaffen ausgestattet, die Hauptbedrohung für Panzerverbände dar. Andererseits verfügen wir nur über wenige Panzerformationen, sie sind ein Schwergewichtsmittel, das unter bestmöglichen Bedingungen eingesetzt werden sollte. Daraus folgt, dass es Aufgabe der Infanterieverbände ist, gegnerischen Panzerverbänden, bevor sie mit den eigenen Panzern im Gegenschlagsraum zusammenstossen, möglichst zuzusetzen, deren Angriffsschwung zu brechen.

Gerade in diesen beiden im Lichte unserer Einsatzdoktrin so wesentlichen Bereichen klaffen aber alarmierende Lücken. Es ist denn auch richtig, in den nächsten Jahren grössere Anstrengun-

gen zu unternehmen, um diese seit langem erkannten Lücken zu schliessen, das heisst Raumschutzjäger, mobile Fliegerabwehrsysteme für die Tieffliegerabwehr, neue Feuerleitgeräte für die eingeführte 35-mm-Kanonenflak sowie Panzerabwehrlenkwaffen für die Infanterie zu beschaffen. Nach Erledigung dieser Prioritäten wird jedoch zu überprüfen sein, ob der Plafond bezüglich mechanisierter Kampfmittel tatsächlich erreicht ist. Darüber sollten nicht primär Rücksichten auf Ausbildung und Infrastruktur entscheiden, sondern das Bedrohungsbild. Sollten in den achtziger Jahren zum Beispiel «mininukes» (kleinkalibrige Atomwaffen) in Europa verfügbar sein, so gewännen mechanisierte Mittel noch mehr Bedeutung.

Verzögerte Modernisierung

Wie steht es nun mit den Chancen, die hier gestreiften wichtigsten Rüstungsbedürfnisse innerhalb nützlicher Frist zu erfüllen? Die Antwort lautet: schlecht. Für sogenannte Rüstungsausgaben stehen nach gegenwärtiger Planung für die Zeitspanne 1975 bis 1979 4,7 Milliarden zur Verfügung. Davon entfallen aber 1,7 Milliarden auf militärische Bauten, so dass für neues Kriegsmaterial gerade noch 3 Milliarden bis zum Ende des Jahrzehnts eingesetzt werden können — ein Betrag, der zu geplanten Gesamtausgaben des EMD von 15 Milliarden während der gleichen Periode und einem Bruttosozialprodukt von beispielsweise über 140 Milliarden 1974 in Beziehung gesetzt werden muss. Fast die Hälfte dieser 3 Milliarden ist aber sozusagen schon ausgegeben, nämlich für die Realisierung von in den letzten Jahren beschlossenen Waffeneinkäufen reserviert (beispielsweise das Abzahlen der letzten Jahr beschlossenen 50 Panzer 68 und 120 Panzerhaubitzen M-109). Mit den verbleibenden Mitteln lassen sich die aufgeführten Vorhaben bis 1980 nicht verwirklichen. Ueber die vorgesehenen Schweizer Panzer und zum Beispiel neue Kampfflugzeuge hinaus können die anderen notwendigen und von der Beschaffungsreife des Materials her möglichen Beschaffungsprogramme höchstens teilweise abgewickelt werden. Der zwingende Schluss daraus lautet, dass wir Material, dessen Einführung seit Jahren als dringlich beurteilt wird, nicht einmal Ende dieses Jahrzehnts in ausreichender Zahl erhalten haben werden. Das ist unhaltbar.

Unter diesen Umständen drängt sich, sofern man die fortbestehende Notwendigkeit einer angemessenen militärischen Bereitschaft bejaht — und alle unsere Parteien ausser den erklärten und verkappten Kommunisten Moskauer Richtung tun es — zweierlei auf: Erstens die rasche Verbesserung der Finanzlage des Bundes, wofür die Voraussetzungen nach der Abstimmung vom 8. Juni 1975 wieder günstiger sind; zweitens die Ueberprüfung der Prioritäten in bezug auf die Bundesausgaben. Der Anteil der Ausgaben des EMD an den Gesamtausgaben des Bundes — ohne Berücksichtigung der Haushalte von Kantonen und Gemeinden — ist innerhalb der letzten zehn Jahre von 32 auf rund 20 Prozent zurückgegangen. Der Bundesrat sah Ende 1974 bis zum Ende der siebziger Jahre für die Militärausgaben ein durchschnittliches Wachstum von 7,5 Prozent vor und reichte diese Anstrengungen nach seiner eigenen Terminologie in die dritte Prioritätsklasse — von dreien! — ein. Das heisst nichts anderes, als dass die Prioritäten verschoben wurden. Und das geschah nicht nur stillschweigend, sondern — schlimmer noch — im Widerspruch zu feierlichen Regierungserklärungen, so zum Beispiel dem Bericht über die Sicherheitspolitik.